



Rotarmisten in Brandenburg (1945), Heimatforscher Ucksche: In der DDR galten sie als Befreier

JUSTIZ

Späte Bemühungen

Erstmals ermitteln deutsche Staatsanwälte gegen Ex-Rotarmisten wegen Kriegsverbrechen. Die Soldaten sollen im April 1945 bei Potsdam Zivilisten erschossen haben.

Die Gräber sind in drei Reihen angeordnet und mit Efeu bedeckt. „Gedenkt der Toten“ heißt es auf dem kleinen Friedhof am Rande des brandenburgischen Städtchens Treuenbrietzen. Im Mai 1945 wurde er angelegt. Auf den Mar-mortafeln sind auch „20 unbekannte Soldaten“ verzeichnet; und „10 unbekannte Zivilisten“.

Wolfgang Ucksche, 52, der Vorsitzende des Heimatvereins Treuenbrietzen, kam schon als Junge auf seinem Schulweg an den Grabstätten vorbei: „Ich habe mich immer gefragt, warum bei so vielen als Sterbedatum der 23. April 1945 angegeben ist.“ Nach 1990 begann der Hobbyhistoriker, der zu DDR-Zeiten die örtliche Minol-Tankstelle leitete, eine Antwort zu suchen. Heute glaubt er sie zu kennen. In den Gräbern liegen, so Ucksche, die Toten eines „schlimmen Massakers durch die Rote Armee“.

Der Fall beschäftigt auch die Staatsanwaltschaft im nahen Potsdam – womit erstmals eine deutsche Behörde gegen ehemalige Soldaten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wegen Kriegsverbrechen ermittelt. Mitte November baten die Potsdamer den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation um Rechtshilfe. Die späten Bemühungen um Aufklärung sind ein ebenso einmaliger wie heikler Vorgang.

In der DDR galten die Rotarmisten als Befreier und Waffenbrüder. Massenvergewaltigung und andere Verbrechen

von Sowjetsoldaten im Frühjahr 1945 waren tabu. In Treuenbrietzen wurde dennoch verbreitet, die Russen hätten nach der Eroberung der Stadt Hunderte Männer erschossen. Einen Einheimischen, der 1960 bei der Armee einem Kameraden von den Exekutionen erzählt hatte, holte die Stasi ab. Er saß über ein Jahr im Zuchthaus.

Als Wolfgang Ucksche nach der Wende Zeitzeugen befragen konnte, wurden ihm die Greuel-taten des 23. April 1945 vielfach bestätigt. Was er nicht hörte, war eine schlüssige Erklärung für diesen Exzess, der für die Rote Armee nicht typisch war.

Unstrittig ist: Am 21. April 1945 besetzte das 51. Gardepanzerregiment, das zur 1. Ukrainischen Front gehörte, Treuenbrietzen nahezu kampfflos. Die Rotarmisten machten daraufhin mit ihren Standardparolen „Uri, Uri“ und „Frau komm mit“ die Stadt unsicher und feierten ordentlich.

In den Morgenstunden des 23. April erlebten die Sowjets jedoch eine böse Überraschung. Soldaten der Wehrmacht, verstärkt durch frisch rekrutierte Mitglieder des Reichsarbeitsdienstes und Hitlerjungen vom „Gauschwarm Berlin“ eroberten große Teile von Treuenbrietzen zurück. Es dauerte bis in den Nachmittag, ehe die weit überlegenen Rotarmisten die Stadt wieder unter Kontrolle hatten.

Wenig später forderten Sowjetsoldaten die Bewohner des nördlichen Teils der Stadt auf, diesen zu räumen. Die Rotarmisten waren gereizt und aggressiv. Am Rand eines Waldes selektierten sie die Zivilisten: Frauen und Kinder durften weiterziehen. Die Männer mussten nach rechts heraustreten – und wurden erschossen.

Die Schätzungen darüber, wie viele Deutsche die Sowjetsoldaten an diesem Tag umbrachten, klaffen weit auseinander. Heimatforscher Ucksche geht von 800 bis 1000 Menschen aus. Ein Mann, der bei der Beerdigung der Opfer in den Massengräbern mitgearbeitet hatte, habe ihm berichtet: „Bei 721 haben wir aufgehört zu zählen.“

Im Ort gibt es jedoch auch andere Berechnungen. Ucksches einstiger Geschichts-

lehrer Helmut Pöpke, 74 – früher bei der SED, heute bei der Partei Die Linke –, hält sich an die Sterberegister des Standesamts. Darin fänden sich nur 88 Menschen mit dem Zusatz „erschossen“ registriert. „Höchstens 200“ seien es gewesen, erklärt er in dem makabren Streit um Zahlen. Pöpke hat auch eine Erklärung für das Massaker: Ein SS-Mann habe zuvor aus seinem Haus auf den Stab der Roten Armee geschossen und mindestens drei Russen getötet. Die Massenexekution sei die Vergeltung dafür gewesen.

Solche Hypothesen zu überprüfen ist nun die Aufgabe der Potsdamer Staatsanwaltschaft. Sie wurde aktiv, nachdem ein Aktivist des „Forums zur Aufklärung und Erneuerung“ – ein Verein von Stalinismus-Opfern – Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt hatte. Da diese Delikte im deutschen Strafgesetzbuch nicht existieren, eröffneten die Staatsanwälte ein Ermittlungsverfahren „gegen unbekannte Angehörige der Roten Armee wegen Mordes zum Nachteil deutscher Zivilpersonen“.

Ob die Potsdamer für die strafrechtliche Verfolgung überhaupt zuständig sind, ist indes unsicher. Ein Experte des Bundesjustizministeriums teilte ihnen lediglich mit, dass die Rechtslage diffus und unklar sei. Zeitzeugen hat die Staatsanwaltschaft noch nicht befragt; die Ermittler schrieben zunächst die militärhistorischen und zeitgeschichtlichen Institute in Deutschland an. Diese erklärten jedoch mit Bedauern, dass sie für die Rote Armee nicht zuständig seien.

Mitte November sandten die Ermittler im Rahmen des „Rechtshilfeverkehrs in strafrechtlichen Angelegenheiten“ ein Schreiben an den russischen Generalstaatsanwalt. Darin fragten sie, welche Einheiten und Kommandeure für die Erschießungen verantwortlich gewesen sein könnten.

Nun bleibt den Staatsanwälten in Potsdam und den Heimatforschern in Treuenbrietzen nichts als zu warten – auf Post aus Moskau.

MICHAEL SONTHEIMER